

Die Wahlen zum Europäischen Parlament brachten in Ungarn ein hinsichtlich mehrerer Aspekte unerwartetes Ergebnis. Die führenden Meinungsforschungsinstitute sagten eine Wahlbeteiligung von zirka fünfzig Prozent und ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen Volksparteien MSZP (Ungarische Sozialistische Partei; auch Nachfolgepartei) und Fidesz (Verband Junger Demokraten – Ungarischer Bürgerverband) voraus. Die tatsächliche Wahlbeteiligung von 38,5 Prozent war niedriger als bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt vor einem Jahr, aber immerhin zirka anderthalbmal höher als in den anderen Visegrád-Staaten. Als neues EU-Mitgliedsland kann Ungarn mit seinen 10,2 Millionen Einwohnern 24 Abgeordnete nach Straßburg entsenden. Von den 8,05 Millionen Wahlberechtigten sind nur 3,10 Millionen tatsächlich wählen gegangen. Auf die Fidesz-Liste entfielen 47,40 Prozent, und die sozialistische Nachfolgepartei bekam 34,30 Prozent. Statt des erwarteten Gleichstandes hat Fidesz an Boden gewonnen. Von den insgesamt acht zur Wahl angetretenen Parteien haben außerdem nur die beiden anderen – kleineren – Parlamentsparteien die Fünf-Prozent-Hürde nehmen können. Die mit den Sozialisten koalierenden Linksliberalen (SZDSZ – Verband Freier Demokraten) haben 7,74 Prozent und das oppositionelle konservative MDF (Ungarisches Demokratisches Forum) 5,33 Prozent der Stimmen bekommen. Daraus ergibt sich folgende Mandatsverteilung: Fidesz zwölf, MSZP neun, Linksliberale zwei und MDF

ein Mandat. Anders ausgedrückt, ging die bürgerliche Opposition mit dreizehn und die linksliberale Regierung mit elf Mandaten aus dem Rennen. Auf die vier anderen Parteien entfielen nur insgesamt 5,24 Prozent.

Es kann nicht genug betont werden, dass die ausgesprochenen Europa-feindlichen und extremistischen Parteien trotz ihrer disziplinierten Wählerschaft und der geringen Wahlbeteiligung keine Chance hatten. Die Europawahl hatte in Ungarn innenpolitische Züge und konnte durch die Opposition geschickt zu einem Volksurteil über die zweijährige Regierungsarbeit aufgebaut werden. Die Nachfolgepartei hatte die Parlamentswahl im April 2002 noch mit knappem Vorsprung gewonnen, konnte aber durch millionenschwere Wahlgeschenke (wie zum Beispiel eine Fünfzig-Prozent-Gehaltserhöhung für öffentlich Angestellte, 53. und 54. Wochenrente) die Kommunalwahlen im Oktober 2002 mit überwältigender Mehrheit gewinnen. Die Sozialisten konnten den Eindruck erwecken, dass es mit der staatlichen Fürsorge so weitergeht, gelangten aber im Sommer 2003 ans Ende der haushaltspolitischen Fahnenstange. Um die explodierenden Kosten zu decken, haben sie die in Europa herausragend hohen Mehrwertsteuersätze auf weitere grundlegende Produkte und Dienstleistungen ausgedehnt. Statt null Prozent sind jetzt fünf Prozent für Grundnahrungsmittel, statt zwölf Prozent für grundlegende Waren fünfzehn Prozent und für viele bislang ermäßigte Produkte

(zum Beispiel Strom) sogar 25 Prozent fällig. Infolge der dahinsiechenden Steuermoral der Ungarn, die Steuerhinterziehung als Kavaliersdelikt ansehen, ist der Staat auf die indirekten Steuern angewiesen. Die Erhöhung der Tabak- und der Mineralölsteuer brachte der Regierung auch keine zusätzliche Popularität.

Zunehmender Pessimismus

Die Regierung sprach fortwährend von Erfolgen, während die erfreuliche wirtschaftliche Großwetterlage (BIP-Wachstum im ersten Quartal +4,6 Prozent) in den Familienhaushalten kaum zu spüren ist. Laut Meinungsumfragen sehen immer mehr Ungarn pessimistisch in die Zukunft. Daran hat auch die Globalisierung einen Anteil. Nach Ablauf der Steuervergünstigung ziehen die Montagewerke weiter nach Rumänien, in die Ukraine oder nach China, hunderte Arbeitsplätze gehen Woche für Woche verloren, während nicht so viele neue geschaffen werden.

Die Sozialisten wiederholten vor der EP-Wahl ihre schon 1998 fehlgeschlagene frühere Wahltaktik und betonten, dass die Wahl keine entscheidende Bedeutung habe, womit sie auf eine niedrige Wahlbeteiligung setzten. Sie bauten ihre Taktik darauf, dass die linken Stammwähler durch Mobilisierung in den regierungsnahen Medien für eine Wahlteilnahme zu gewinnen wären, während die eher Europa-skeptischen rechten Wähler zu Hause bleiben würden. Um keine Gegenwirkung auszulösen, begannen die Sozialisten mit der heißen Phase ihrer Kampagne erst zwei Wochen vor der Wahl, als es für sie aber schon zu spät war.

Wie bereits dargestellt, sehen die pessimistischen Ungarn wirtschaftlich schwere Zeiten auf sich zukommen und machen dafür die Regierung verantwortlich. Die beiden Regierungsparteien waren zudem auch zerstritten, die Linksliberalen agierten, als wären sie in der Oppo-

sition, forderten – ein halbes Jahr vor der eigentlichen Haushaltsdebatte – Steuerermäßigungen und kritisierten Woche für Woche ihren Koalitionspartner. Die bürgerliche Volkspartei Fidesz konnte sich nach zwei verlorenen Wahlen in 2002 neu ordnen. In jedem der 176 Einzelwahlkreise wurden neue Beauftragte eingesetzt, und zusätzlich zu den zirka 25 000 Parteimitgliedern konnte eine zivile „Bewegung der Bürgerkreise“ mit zirka 150 000 Sympathisanten aufgebaut werden. Parallel zu den öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Sendern konnten ein wertkonservativer Fernsehsender nach dem Vorbild des US-amerikanischen FOX-TV namens „HírTV“ (Nachrichtentv) und eine Internet-Mailing-Liste mit über 20 000 Empfängern aufgebaut werden. Dieser nach dem Vorbild der italienischen Forza Italia organisierten Bewegung kann die politische Linke zurzeit keine ebenbürtige Alternative entgegenstellen. Wie schon 2002 kam auch im April 2004 Altkanzler Helmut Kohl in die westungarische Stadt Győr, um für Europa und die bürgerlichen Volksparteien zu werben. Während auf der Abschlusskundgebung von Fidesz zirka 50 000 Personen gezählt wurden, brachten es die Sozialisten auf höchstens 5000. Es war mit den Wahlausschussmitgliedern nicht anders, die Sozialisten konnten zirka 7000 stellen, Fidesz 9000.

Weil die europapolitischen Themen bei der EP-Wahl in den Hintergrund gerückt sind (Ungarn kann erst ab 2007 auf saftige Fördergelder aus Brüssel hoffen), beherrschten innenpolitische Themen die politische Agenda. Die Fidesz-Kampagne betonte, dass die Regierung (der mehrere Bankiers angehören) nur ein wenig – und das auch nur vor der Wahl – gibt, um dann das Zwei- oder Dreifache wieder wegzunehmen. Auf Werbeprospekten konnte jeder die Kaufkraftsteigerung von acht Prozent zum Beispiel mit der Gaspreiserhöhung von neunzehn Prozent

vergleichen. Dieser negativen Kampagne, die den Wahlslogan der Sozialisten „Wieder MSZP!“ mit dem Zusatz „Wieder MSZP = wieder Preissteigerungen“ versah, stand eine positive Mobilisierungskampagne entgegen. Unter dem Motto „Arbeit, Heim, Sicherheit“ wurde Ende März eine Unterschriftensammlung gestartet, die bis zur Wahl von 1,4 Millionen Ungarn unterschrieben wurde.

In den letzten beiden Kampagnewochen erkannten die Sozialisten, dass ihre Taktik nicht aufging. Sie schalteten in den großen regierungsnahen und Tageszeitungen und der Gratiszeitung ganzseitige Anzeigen, worin sie die Fidesz-Kampagne als Werk einer „Lügenfabrik“ abstempelten. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten, und so wurde die linksliberale Regierung als „Bankiersregierung“ oder als „Bank der Versprechungen“ genannt.

Die MSZP konzentrierte ihre Kampagne auf die von ihrer Stammklientel gelesene Presse und Medien, ohne ein zukunftsweisendes Konzept oder Ansatzpunkte für Korrekturen anzugeben. In den besonders wichtigen Tageszeitungen der Provinz (800 000 Abonnenten) wurde auch überwiegend die zentrale Anzeige geschaltet, es fehlten jedoch die lokalen Themen und Bezugspunkte.

Man könnte den Wahlausgang unter mehreren Aspekten deuten, was die Parteien auch gerne tun. Je nach Sitzposition und Ergebnis betonen sie die niedrige Wahlbeteiligung, (im Gegensatz zu 72 Prozent bei der letzten, emotionsgeladenen Parlamentswahl) den Protestcharakter dieser ursprünglich europäisch angelegten Wahl oder fühlen sich in ihrer Politik durch die Wähler gestärkt. Die Liberalen sehen sich mit ihren zwei Mandaten gleich als dritter politischer Pol neben den beiden Volksparteien, die zusammen mehr als 81 Prozent der Stimmen erhielten. Der Wahlausgang kann auch im Hin-

blick auf seine Spätfolgen gedeutet werden. Das Ergebnis führte zu einem Erstarren der bürgerlichen Volkspartei Fidesz und der linksliberalen Koalitionspartei. Als größere Koalitionspartei teilten die Sozialisten das Schicksal der meisten europäischen Regierungsparteien. Sie wurden für ihre desolatte Wirtschaftspolitik vom Wähler gestraft, wobei in Ungarn die „willige“ Beteiligung am Irak-Krieg nicht so schwer in die Waagschale fiel wie zum Beispiel das Ausbleiben von Wahlgeschenken, klaren Perspektiven. Obwohl die kleinere Oppositionspartei MDF den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde geschafft hatte und bis zur Parlamentswahl im April 2006 ihre Existenzberechtigung nicht täglich neu darlegen muss, stellen sich Zersetzungsprozesse ein. Diese haben eine mathematische und eine programmatische Seite. Programmatisch muss sich die Partei des ersten frei gewählten Ministerpräsidenten József Antall entscheiden, ob sie sich stärker an die bürgerliche Volkspartei Fidesz anlehnt oder ob sie sich Richtung politischer Mitte bewegen soll, wo auch die Mehrheit der unentschlossenen Wähler zu finden ist. Einigen sich die beiden Oppositionsparteien wie schon 2002, so kann MDF durch geschickte Aufteilung der Einzelwahlkreise und durch gemeinsame Kandidaten zwanzig bis 25 Mandate bekommen. Durch die so genannte Zentrums politik käme MDF womöglich auch über fünf Prozent, aber das würde nur zwölf bis fünfzehn Mandate im Parlament bedeuten.

Anfang Juli konstituiert sich in Budapest die EP-Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), der neben den dreizehn bürgerlichen ungarischen EP-Abgeordneten auch zwei in der Slowakei gewählte ungarische MdEPs angehören werden. Dem Wahlkampf folgt die politische Sommerpause. Die Weichen für die Parlamentswahl 2006 sind gestellt.